

Die Halle des Tagespreises
beruht die Post beginnt 8 Uhr für das Vierteljahr.
Die halbjährliche Preiskategorie monatlich 1/2 Mark.
Die vierteljährliche Preiskategorie monatlich 1/4 Mark.
Die halbjährliche Preiskategorie monatlich 1/4 Mark.
Die vierteljährliche Preiskategorie monatlich 1/4 Mark.

Zeitungsgeschäft
Die für die halbjährliche Preiskategorie monatlich 1/2 Mark.
Die für die vierteljährliche Preiskategorie monatlich 1/4 Mark.
Die für die halbjährliche Preiskategorie monatlich 1/2 Mark.
Die für die vierteljährliche Preiskategorie monatlich 1/4 Mark.

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

Nr. 231. — Jürg. 192. Halle a. S., Freitag 19. Mai 1899.

Redaktion u. Expedition: Halle a. S., Leipzigerstr. 67.
Verleger: Hermann Berlin SW., Bernburgerstr. 2.

Der Zusammentritt der Friedenskonferenz.

Die Friedenskonferenz ist gestern in der niederländischen Residenz zusammengetreten. Schon am Dienstag waren alle Vertreter angekommen. Man glaubte allgemein, daß der Minister des Auswärtigen de Beaufort zum Ehrenpräsidenten und Baron von Staal zum Vizepräsidenten der Konferenz ernannt werden würde. Die Vertreter erhielten zahlreiche Dokumente, die von den Friedensvereinen der verschiedenen Länder abgehandelt worden sind. In der Stadt herrscht reges Leben. Die Hotels, wo die Vertreter wohnen, sind mit den Fahnen der Nationen geschmückt, die auf der Konferenz vertreten sind. Der frühere niederländische Minister des Auswärtigen und erster niederländischer Vertreter auf der Konferenz von Brüssel, nach Dienstag Abend allen Vertretern ein Dinner, um ihnen zu ermöglichen, sich vor der Eröffnung der Konferenz kennen zu lernen. Wie verlautet, wird mehrere Mächte entschlossen, sich nur an den Beratungen über die Schiedsgerichtsfrage zu beteiligen. Das würde allerdings wenig günstige Aussichten eröffnen. Nach den von den verschiedenen Hauptstädten vorliegenden Mitteilungen scheint nur in Wien der Beginn der Konferenz von den schließlichen Sitzungen mit besonderer Wärme begrüßt zu sein.

Die erste Sitzung der Konferenz war rein formeller Natur und dauerte nur 25 Minuten. Am derselben nahmen alle Delegierten mit ihren Nachbarn teil. Am nächsten Tag wurde unter der Saalpforte mehrere wichtige Besprechungen der Verhandlungen über die Schiedsgerichtsfrage um 11 Uhr an und nahmen ihre in alphabetischer Reihenfolge an. Die erste Sitzung der Konferenz war rein formeller Natur und dauerte nur 25 Minuten. Am derselben nahmen alle Delegierten mit ihren Nachbarn teil. Am nächsten Tag wurde unter der Saalpforte mehrere wichtige Besprechungen der Verhandlungen über die Schiedsgerichtsfrage um 11 Uhr an und nahmen ihre in alphabetischer Reihenfolge an.

Die erste Sitzung der Konferenz war rein formeller Natur und dauerte nur 25 Minuten. Am derselben nahmen alle Delegierten mit ihren Nachbarn teil. Am nächsten Tag wurde unter der Saalpforte mehrere wichtige Besprechungen der Verhandlungen über die Schiedsgerichtsfrage um 11 Uhr an und nahmen ihre in alphabetischer Reihenfolge an.

Die erste Sitzung der Konferenz war rein formeller Natur und dauerte nur 25 Minuten. Am derselben nahmen alle Delegierten mit ihren Nachbarn teil. Am nächsten Tag wurde unter der Saalpforte mehrere wichtige Besprechungen der Verhandlungen über die Schiedsgerichtsfrage um 11 Uhr an und nahmen ihre in alphabetischer Reihenfolge an.

Die erste Sitzung der Konferenz war rein formeller Natur und dauerte nur 25 Minuten. Am derselben nahmen alle Delegierten mit ihren Nachbarn teil. Am nächsten Tag wurde unter der Saalpforte mehrere wichtige Besprechungen der Verhandlungen über die Schiedsgerichtsfrage um 11 Uhr an und nahmen ihre in alphabetischer Reihenfolge an.

Die erste Sitzung der Konferenz war rein formeller Natur und dauerte nur 25 Minuten. Am derselben nahmen alle Delegierten mit ihren Nachbarn teil. Am nächsten Tag wurde unter der Saalpforte mehrere wichtige Besprechungen der Verhandlungen über die Schiedsgerichtsfrage um 11 Uhr an und nahmen ihre in alphabetischer Reihenfolge an.

Meine erste Pflicht ist, dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten meinen Dank auszusprechen für die edlen Worte, welche er gestern meinen erhabenen Herrn genossen hat. Seine Majestät wird sich glücklich sein von den hohen Gesinnungen, von denen der Minister de Beaufort sich hat leiten lassen, und von der Bereitwilligkeit, mit welcher diese hohe Versammlung sich diesen Gesinnungen angeschlossen hat. Wenn auf den Kaiser von Ausland die Initiative zur Einberufung der Konferenz zurückzuführen ist, so verdienen wir es der Königin der Niederlande, in ihrer Hauptstadt zusammenzutreten worden zu sein. Es ist eine glückliche Vorbedeutung für den Erfolg unserer Arbeiten, daß wir unter den Auspicien einer jungen Herrscherin unternimmt sind, deren begabende Anmut bis in die weiteste Ferne ihre Wirkung übt und deren allem Großen und Guten gegenüber Herz so viel Sympathie bezeugt hat für die Sache, die uns hierher geführt hat. Demitten der Natur des Saals und im Saal des Saals, das einen so hervorragenden Charakter der allgemeinen Zivilisation bietet, haben wir ein leuchtendes Beispiel dessen vor Augen, was Tapferkeit, Patriotismus und Idealität für das Wohl eines Volkes vermögen. Auf dem geschichtlichen Boden der Niederlande sind die größten Probleme des politischen Lebens der Staaten diskutiert worden. Hier, kann man sagen, stand die Wiege der Wissenschaft auf internationalen Recht. Jahrbucherte hindurch wurden hier die hauptsächlichsten Verhandlungen zwischen den europäischen Mächten getroffen. Hier endlich wurde der bemerkenswerte Vertrag unterzeichnet, welcher einen Waffenstillstand in den blutigen Kämpfen zwischen den Staaten herbeiführte. Wir befinden uns also in lauter historischer Umkleidekabine. Es erwidert mir noch, dem Minister des Auswärtigen der Niederlande meinen Dank abzugeben für die so schmeichelhaften, so schmeichelhaften Worte, die jenseit mir galt. Ich bin froh, den Gefühlen der Mitglieder dieser hohen Versammlung Ausdruck zu geben, indem ich die Hoffnung de Beaufort bestärke, wie glücklich wir gewesen wären, wenn wir ihn bei unseren Versammlungen die Präsidenschaft hätten führen sehen. Sein Platz für das Präsidium war nicht nur durch die Würde, die ihm als Mitglied der Konferenz, sondern durch die Eigenschaften des hervorragenden Staatsmannes angeeignet, der gewöhnlich die auswärtige Politik der Niederlande leitet. Sein Präsidium wäre überdies eine weitere Möglichkeit der Begegnung gewesen, welche wir seiner erhabenen Herrn hätten abhalten wollen, die gerecht hat, uns lebenswichtige Gattungschaft anzubieten. Was mich betrifft, so kann ich die Wahl meines Herrn für das Präsidium nur damit als begründet ansehen, daß ich den Vorschlag des Kaisers Nikolaus, meines erhabenen Herrn bin, der den Gedanken zur Konferenz angelegt hat. In dieser Eigenschaft nehme ich mit großer Dankbarkeit die ausgesprochene Ehre an, welche der Minister des Auswärtigen der Niederlande mir angedeihen ließ, mich für das Präsidium vorzuschlagen, und die mir auch die Mitglieder der Konferenz erwiesen, indem sie die Wahl gutheißten. Ich werde alle meine Kräfte aufwenden, um Ihre Vertrauen zu rechtfertigen, aber ich lege mit vollkommenem Bewußtsein darüber ab, daß der auswärtige Minister, welches ich erachte, leider ein trauriges Beispiel und ein schwacher Bundesgenosse ist; ich glaube indes, daß dies ein Grund für Sie sein wird, gegen mich nachsichtig zu sein.

Der Präsident von Staal schlug hierauf vor, an die Königin der Niederlande folgenden Telegramm abzugeben: „Die zum ersten Male im schönen Schloß „Suis ten Veldt“ versammelten Mitglieder der Konferenz bedauern sich, dass Majestät ihrer besten Wünsche zu Füßen zu legen mit der Bitte, den Ausdruck ihrer tiefsten Ergebenheit und ihrer Dankbarkeit für die Gastfreundschaft entgegen zu nehmen, welche Ew. Majestät gerührt haben, denselben in so huldvoller Weise zu gemäßen.“

Die Versammlung nahm diesen Vorschlag mit lebhaftem Beifall an. Präsident von Staal beantragte hierauf, den niederländischen Vertreter Jonker van Karnebeck zum Vizepräsidenten zu ernennen. Dieser Antrag wurde ebenfalls angenommen. Weiter wurden auf Vorschlag Staals die Schriftführer ernannt: der russische Staatsrath Malafajew, der belgische Legationssekretär de Grelle-Rogier, die Herren von Graf, Baron Schimmelmann und der Dije, Jaronch de Silles, Nachhuffen Leprand, Kapitän im Generalstab Bop und Leutnant der Marineinfanterie Wittlinger. Dieselben nahmen sofort an einem Tische Platz. Der Antrag Staals, die Verhandlungen der Konferenz als geheime zu behandeln, wurde gleichfalls angenommen. Weiter schlug er vor, die nächste Sitzung am Sonnabend um 11 Uhr Vormittags abzuhalten, um die Kommissionen und Abteilungen zu wählen und das Arbeitsprogramm aufzustellen. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Den heutigen Tag werden die Delegierten dazu verwenden, um sich über die am Sonnabend vorzunehmenden Wahlen der Kommissionen und Abteilungen und über die Aufstellung des Arbeitsprogramms privatim zu besprechen. Fortwährend treffen Abgeladene von Gesellschaften der Friedensfreunde aus den verschiedenen Ländern hier ein und fast allabendlich finden bei einigen Tagen Versammlungen statt, in welchen die Frage der Wählung behandelt wird. Der angesehene Klub im Saal hat den ausführenden Teil der Einladung angeboten. Die Dauer der Konferenz kann noch nicht gesagt, alle Anwesenden in dieser Hinsicht entdecken jeden sichern Anhaltspunkt.

Deutsches Reich.
Der Kaiser hielt gestern Vormittag um 10 Uhr über die Garnisonen von Wiesbaden, Coburg und Weidrich Parade ab. An derselben waren das Füsilier-Regiment von

Gerddorf (Schiffsch.) Nr. 80, die Infanteriebrigade in Wiesbaden und die 2. Abteilung des Nassauischen Feldartillerie-Regiments Nr. 27 beteiligt. Der Kaiser trug die Uniform des Regiment der Garde du Corps mit dem blauen Bande des russischen St. Andreas Ordens, die Kaiserin erschien in der Uniform des Kaiserlich-Regiments Königin (Sommerkleid) Nr. 2, in Begleitung des Prinzen Joachim und der Prinzessin Viktoria Louise. Auch die an der Parade Teilnehmenden Generale hatten ihre russischen Ordens angelegt. Nach der Parade unterließ sich der Kaiser längere Zeit mit dem Begleit der Kaiserlichen Gattin, den Grafen und dem russischen Militärattaché Fürsten Cassini. Mittags um 1 Uhr fand im königlichen Schloß eine Tafel zu Ehren des Geburtstags des Herrn statt. Der Kaiser brachte dabei folgenden Trinkspruch aus: „Zu dem Loos auf die Gesundheit Ew. Majestät des Kaisers von Ausland, den ich wie alljährlich aus vollem Herzen ausbringe, füge ich am heutigen Tage meinen herzlichsten Glückwunsch mit dem Begleit der Kaiserlichen Gattin, den Grafen und dem russischen Militärattaché Fürsten Cassini. Ich wünsche, daß Sie, Mein Wunsch geht dahin, daß es Ihrer Excellenz dem Baron von Staal und dem Grafen zu Münster, zwei erprobten und erfahrenen Staatsmännern, gelingen möge, auf dem Boden der alten schwebenden Tradition, die Mein Staat mit dem russischen Volk verbindet, gemäß dem von Kaiser und mir an beide Seiten ergangenen übereinstimmenden Befehlen die Konferenz so zu führen, daß ihr Erfolg Ew. Majestät den Kaiser befriedigen werde. Seine Majestät der Kaiser Nikolaus Durak!“

An der Mittagsstafel nahmen auch der Großfürst von Sachsen, Prinz Bernhard von Sachsen-Weimar und der Staatssekretär des Auswärtigen Staats, Staatsminister von Helldorf, teil. Der Trinkspruch, welchen der Kaiser bei dem vorgelagerten Festmahle der Offiziere des Füsilier-Regiments Nr. 27 von Gerddorf abstrachte, lautete, wie folgt festlich, etwa folgendermaßen: „Er danke dem Offizierskorps im Namen seiner erlauchten Mutter, des hohen Oberbefehlshabers, wie in seinem Namen für die durch den Kommandeur zum Ausdruck gebrachten Gefühle des Offizierskorps. Er habe dem Regimente durch Kabinetsordre des Generalgouverneurs 1813 bestimmt und damit den Willen bezeugt, daß dasselbe als aus dem kaiserlichen Leinwand-Regiment hervorgegangen zu betrachten sei. Dadurch habe die Tradition gepflegt worden, welche ein wichtiger Bestandteil des Geistes der Armee für alle Zeiten gewesen sei und bleiben solle. Dem Regimente wünsche er zu diesem Ehrenstage Glück, ganz besonders deswegen, weil es heute zum ersten Male seinen durchlauchtesten hohen Chef zu Gast bei sich habe. Sein besonderes Wohlwollen habe er dem Regimente verschiedentlich ausgedrückt und er drücke dieses Wohlwollen der Kaiserlichen Friedrich den Dank für die Gnade aus, die Stelle als Regiment anzuweisen. Auch bin ich überzeugt, daß das Regiment zu jeder Zeit im Frieden wie im Kriege dem Andenken des hohen Generals, dessen Namen es trägt, dem Kaiserlichen Willen fröhlich, der ein Vorbild an vornehm und feiner Mithraspflicht gewesen ist, Ehre machen und zur Befriedigung des Kaisers beitragen werden.“

Der Reichsflagler Hützel Hohenlohe wird die Kaiserliche Tage in Baden-Baden verleben und sich heute bereits dort befinden. Der Herzog Regent Johann Albrecht von Mecklenburg, der sich nach dem Süden, zunächst nach Rastatt, begeben hatte, traf in Wismar ein, wo der König ihm im Palais der deutschen Gesandtschaft einen Besuch machte. Die Erbprinzeßin von Sachsen-Meiningerin ist gestern Vormittag von Dresden kommend, in Schloss Ehrenburg zum Sommeraufenthalte eingetroffen, wobei der Erbprinz Bernhard am Sonnabend nachdiesem. Der Oberregierungsrat v. Muehlen ist zur Vertretung des Oberregierungsrats v. Verlamann-Holnegg — der am 1. Juli als Regierungspräsident in Bromberg eintritt — nach Potsdam als dessen vorläufiger Nachfolger bestellt worden. — Der Bf. Geh. Oberpostamt Professor Dr. Dambach, Mitglied des Herrenhauses und Kronrat, ist gestern in Berlin gestorben. Excellenz Dambach war der dienstliche vorstehende Rath des Reichspostamts, zugleich Abteilungsleiter der ersten Abteilung des Reichspostamts.

Der Bundesrat übermies in seiner gestrigen Sitzung dem Reichstages zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Wahlgesetzes vom 14. März 1875 dem Reichstag, sowie die Mitteilung, betreffend den Beschluß des Landesauschusses zu der allgemeinen Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für 1894/95 den zuständigen Ausschüssen. Den Ausschüssen (entworf. a) den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Ausführung des Reichsgesetzes über die Zwangsversicherung, b) den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Ausführung des Zivilprozessordnung und der Konferenzordnung sowie das Reichsmittel der Kapitation, wurde die Zustimmung erteilt. Die Regierung veranlaßt Erhebungen darüber, inwieweit bei grundsätzlicher Anerkennung der Haftpflicht des Staats für Mißgriffe seiner Beamten diese Haftpflicht für einzelne



Kategorien von Beamten auszufüllen ist. So sind, wie ge-
meint wird, seitens der Aufseherverwaltung namentlich Outachten
betreffend die Haftung für Notare und Gerichts-
vollzieher eingefordert worden.

* Wie gemeint wird, fanden gestern Vormittag im Reichs-
tagungsausschuss weitere Besprechungen von Sachverständigen über die
Verhältnisse des Hochvertriebs statt.
Auf Grund der Unzutrefflichkeiten, welche die seitens
des Herrn von Bülow für die Südamerica-Gesell-
schaft erstellten Konzeptionen im Gefolge hatten, war
im Reichstage von dem Herrn Grafen von Arnim-
Münster beantragt worden, daß die Regierung zur Er-
richtung solcher Konzeptionen die Kolonialrat-
häre. Dieser Wunsch erschien berechtigt, da es sich
bei der Südamerica-Gesellschaft um eine Konzeption handelte,
die Herr von Bülow einem internationalen Konföderation
gegeben hätte. Der für den 12. Juni zusammenberufene Kolonial-
rat soll sich, wie wir vernehmen, in erster Linie mit einer
Verhandlung über eine größere Konzeption in Ostafrika be-
fassen. Die nachstehende Gesellschaft setzt sich nur aus demselben
Kapital zusammen. Der Reichstag hat aber trotzdem in
dankenswerter Weise eine vorherige Befragung des Kolonial-
rats angeordnet.

* Der Ausschuss der Deutschen Kolonialrat-Tagung wird
am 27. d. M. in Berlin stattfindenden Hauptversammlung
der letzteren den Antrag stellen, die nächste Hauptversammlung
in Coblenz abzuhalten. Was den schnelleren Ausbau der
deutschen Flotte betrifft, so soll als das zweckmäßigste
Mittel zur Erreichung des Zieles bezeichnet werden, daß sich
möglichst viele Kolonialmitglieder der durch den „Deutschen
Flottenverein“ und durch den Hauptverband Deutscher Flotten-
vereine im Auslande in's Leben gerufenen Flotten an-
schließen.

* Die vorläufige Regierung gab am Mittwoch an Ehren des
deutschen Gesandten in Zanzibar, bei dem die portugiesischen
Minister und der deutsche Gesandte freundschaftliche Gespräche
ausführten. Gestern wurde auf der deutschen Gesandtschaft eine Fest-
lichkeit gegeben, zu der der König erschien.

Die Parlamente

haben die Pfingstferien angetreten und werden Anfangs Juni
in Berlin weiter über die ihnen vorliegenden und noch zu-
gehörenden Entwürfe beraten.

Der Reichstag hat, nachdem er vor Ostern den Etat, die
Gerechtsverträge und das Gesetz über die Errichtung eines bayerischen
Senats beim Reichsmilitärgerichtshof unter Dach und Fach gebracht
hatte, in der Zeit zwischen Dienen und Pfingsten keinen kleineren
nur ein größeres Gesetz völlig erledigt und zwar die
Vergleichs- und Abgrenzungsgesetze des Invaliden-
versicherungsgesetzes. Entwurf ein gut Stück gefördert, jedoch sich
auf eine Erledigung derselben bald noch Pfingsten rechnen
läßt. Ende Juni wird dann wohl — über die Vergütung des
Reichstags eintreten, trotz der schwerwiegenden Bedenken
und Schäden, die, wie wir jüngst an leitender Stelle
nachgewiesen haben, mit diesen Maßnahmen zusammenhängen.
Die größeren Entwürfe, die bis Dienen noch unberührt geblieben
waren, hat der Reichstag in der Zwischenzeit in erster Reihe
berathen, so die Postgesetz- und das Telegraphengesetz, die
Verträge zur Gewerbeordnung, das Schlichtungs- und Streit-
schiedsgerichtsgesetz. Alle diese sind in den Kommissionen beraten, ob sie
sich in der nach Pfingsten verbleibenden Zeit
zu werden fördern lassen, daß auf ihre Erledigung im Plenum
noch vor der Vertagung zu rechnen sein wird, ist ungewiß.
Zur zweiten Vertagung im Plenum war schon früher vorber-
reitet von den Regierungsentwürfen, der auf die Errichtung des
Borbeides durch den Reichstag bezügliche, der mit einer aus dem Hause selbst
stammenden Kommission verknüpft worden ist. Eine großen
Theil der Verhandlungen im Plenum haben die sozialpolitischen
Erörterungen über die Arbeiterorganisationen in Anspruch ge-
nommen. Der dem Hause zugegangene Nachtragsetz ist noch
nicht in Verhandlung genommen, wird aber ebenso, wie die noch
ausstehende Vorlage über die Handelsbeziehungen zu England,
vor der Vertagung erledigt werden müssen.

Im preussischen Abgeordnetenhause sind die
Schritte zu fördern, daß bald nach Beendigung der Pfingst-
ferien in die zweite Lesung der Mittelamtsanwaltschafts-
und einzelner Justizgesetze zur Durchführung des bürgerlichen
Gesetzbuchs eingetretten werden. Zu Ende geführt sind
die Beratungen über den Lehrereinkommensentwurf und über das
Gesetz betr. die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der in staatlichen
Betrieben beschäftigten Arbeiter sowie gering besoldeten Beamten.
Das Herrenhaus hat den Entwurf über die Kommunal-
beamten und die Charakterisierungsangelegenheit erledigt. Als sicher darf
man annehmen, daß dem Reichstag noch das Schulbuch-
gesetz und die Novelle zum kommunalen Wahlrecht zugehen
werden.

Nach der Lage der Verhältnisse ist es wahrscheinlich, daß
der preussische Landtag diesmal länger als der deutsche
Reichstag zusammenbleiben wird.

Deutscher Reichstag.

85. Sitzung vom 18. Mai 1899.

Am Tische des Bundesrats: Graf Posadowski.
Der Eintritt in die Tagesordnung.
Abg. Singer (Str.) folgende Anfrage an den Präsidenten:
Die heutige Tagespresse bringt einen Brief des ersten Vizepräsidenten
v. Frege. W. H. in, in welchem Herr v. Frege an die betr.
Vizepräsidenten schreibt, daß unter gewissen Verhältnissen eine
Stimmung der beid. Reichstage nach einem auf liberalen Grundsätzen
angewandten Verfassungsvertrag erfolgen würde. Ich habe keinen
Zweifel, daß es sich hier um einen Privatbrief des Herrn v. Frege
handelt, möchte aber doch den Herrn Vizepräsidenten fragen, ob ihm
bekannt ist, daß im Reichlande des Hauses die Frage anregert ist
und ob er bereit ist, die Ansicht hat, die von Herrn v. Frege ausge-
sprochene Drohung, im Falle der Nichterfüllung der Forderungen
Vizepräsident Graf Posadowski: Ja, wenn dem Abg. Singer er-
widern, daß dem Präsidenten von den in den Zeitungen berück-
tehtenen Vorgängen nichts bekannt ist. Was den jetzt angeführten Fall der
Verordnungsmittel anbelangt, so habe ich gegen jeden Erkenntnis erhalten
und zwar dadurch, daß der Abg. Singer in Formale nur, nicht
betreffend seiner Anfrage in Kenntnis zu setzen. Was bezüglich
des Reichstags des Reichstags über eine eventuelle Mäßigung der
Journalistenstrafen betrifft, so ist davon, so lange ich das Präsidium
führe, niemals die Rede gewesen. Überdies bemerke ich, daß ein
solcher Beschluß nicht zur Kompetenz des Reichstags gehört, trägt die
Notwendigkeit einer solchen Maßnahme, so würde es lediglich
Eache der Reichstagen sein, darüber zu entscheiden. (Beifall.)

Die Vertagung des Invaliden-Versicherungsgesetz-
gesetzes wird fortgesetzt bei dem dem Reichstag „berühmte
Hochvertrieb“ einleitend, § 31 und den dazu gehörigen Anträgen
v. Kochel, Weller, Müller, Müller und Sill.
Zunächst begründet Abg. Sibel (natl.) seinen Antrag, den
Abtag 2 zu streichen, wonach die Landeszentralbehörde ermächtigt
sein soll, nach Anhörung der Vorstände und Ausschüsse der Ver-
sicherungs-Anstalten die Errichtung von Rententellen anzuordnen.

Meiner führt aus, am liebsten lässe er die Bestimmungen über
die Rententellen ganz streichen, aber er unterlasse einen dahin-
gehenden Antrag, um dies Gesetz nicht zu gefährden. Sidel
würde die Errichtung von Rententellen nicht mehr eingeführt
werden, als dies absolut erforderlich sei.

Abg. Stadthagen (soz.) tritt für den Antrag Sidel ein, die
Errichtung der Rententellen obligatorisch zu machen. Derselben
dürften aber nicht bei den Landeszentralbehörden, sondern vielmehr
nur in Verbindung mit den Gesundheitsverordnungen stattfinden. Sidel
die Rententellen überhaupt auf, zu stellen sei ebenfalls obligatorisch
sein. Abg. v. Karst (natl.): Das Gesetz hat viele Vorzüge, aber auch
mangels Bedenken, und zu allen obererwähnten Bestimmungen gehört
die Errichtung der Rententellen. Zweifellos ist kompetente Arbeit,
nämlich die Errichtung der Rententellen, der ältesten, den
mütterlichsten, den abendgütigsten und der Versicherungs-Anstalt
für die Invaliden, aber auch einer Konferenz in einem Hof
dabei geeignet, die Bildung der Rententellen ist sehr theuer und
unzuverlässig, sofern sie für die Invalidenversicherung allein erfolgt.
Ich möchte deshalb den Antrag Sidel für den besten halten, wenn
man nicht die Rententellen aufheben will, ihre Errichtung der
Landesgesetzgebung zu überlassen.

Staatssekretär Graf Posadowski hält dem Vordere entgegen,
daß derselbe die Mehrzahl von der Kommission beschlossenen Men-
dungen ganz unberücksichtigt gelassen habe. So wie das Gesetz jetzt
laut, können die Rententellen nicht mehr, h. h. werden
da eingeführt werden, wo wegen der Ueberbürdung der unteren
Verwaltungsbehörden, wegen Dichtigkeit der Bevölkerung u. dgl., die
Behörde die Arbeit nicht leisten kann. Alsdann wird die
Rententelle ohne eingeführt werden müssen. Der Vordere hat
nicht immer noch zu sagen, daß die Rententellen der unteren
Behörden überlassen werden sollen, sondern daß die Landeszentral-
behörde hat zu entscheiden, ob sie noch im Stande ist, die Arbeit zu
leisten, oder ob nicht, in welchem Falle eine Rententelle errichtet
werden muß. Herr Sidel und seine Freunde wollen sich nicht
sowohl dem Antrag zustimmen, sondern die Landeszentral-
verwaltung fürchten. Aber die untere Verwaltungsbehörde hat ja
doch schon jetzt die vorbereitenden Arbeiten zu leisten. Gegen den
Eventualantrag Sidel betr. der Landesgesetzgebung spricht, daß die
ganze Sache doch abschließend ist und deshalb nicht der paritätischen
Gesetzgebung überlassen werden sollte.

Abg. Sibel (Str.) weit gegenüber einer fagen Bemerkung des
Abg. Sidel über das Schicksal des Entwurfs darauf hin, daß das
Centrum eben den Wunsch habe, das Gesetz möge noch in diesem
Sommer zu Stande kommen. Sie da drüben können sich den Augen
erenden, daß sich die Verhandlungen zu beenden, wenn ein
festes Ende finden und übertragene das Gesetz (Beifall im
Centrum). Wir dagegen glauben den Arbeitern besser zu dienen,
wenn wir das Gesetz zu Stande bringen, nicht aber nur viele Ideen
halten. Wir sehen auf dem Boden der Compromißbereitschaft der
Kommission. Wir werden daher nur die Anfrage Obergierber,
Schmitz und v. G. zu beantworten haben.

Abg. Schmidt (lib.) (fr. P.) erklärt für, nach den Worten
des Vordere zu Gunsten seines Antrages — wonach die Landes-
zentralbehörde unter Zustimmung von Vorstand und Ausschuss der
Versicherungs-Anstalt die Errichtung von Rententellen anordnen
kann — könne er auf das Wort verzichten.

Abg. v. Koell (natl.) vertritt nochmals seinen Antrag, der
für die Errichtung von Rententellen u. A. auch die Zustimmung des
kommunalen Vorstands erforderlich machen will, falls ein solcher die
beamteten Vorstandsmitglieder der Versicherungs-Anstalt zu be-
stellen hat.

Abg. Wollenbruch (soz.) erklärt, seine Freunde seien durchaus bereit,
sich bis tief in den Sommer hinein zu fügen, um dies Gesetz zu
Stande bringen zu lassen. Sie wollen aber auch bis zum letzten
Mögligsten für Verbesserungen kämpfen. Die Rententellen seien
seiner Ansicht jedenfalls unzulässig, gerade deshalb wollten sie sie
aber abstrahieren, wenn die Landeszentralbehörde, wenn ein
für die Rententellen günstigen Bestimmungen über das Maßrecht
bezüglich der Rententellen u. A. bleibt. Bleibe dieses Maßrecht
ungeändert, wie dies nach den Kommissionsbeschlüssen der
Fall sei, so würden seine Freunde in der dritten Lesung lieber auf
die Rententellen verzichten.

Abg. Richter (fr. P.) erwidert dem Abg. Sibel, die Vertagung
der zweiten Vertagung aber er selbst überhaupt nur erzieht im
Interesse größerer Gründlichkeit.

Staatssekretär Graf Posadowski: Herr Sidel hat eine
sehr scharfe Kritik, aber er hat nicht sagen können, was
geschehen soll, wenn die unteren Verwaltungsbehörden nicht mehr im
Stande sein werden, das was die Pflicht zu leisten. Schon
1889 war man sich völlig klar, daß unter Umständen eine
Dezentralisation werden erfolgen mußte. Die Vorgesetzten des Herrn
Sidel ist eine ganz willkürliche gezeichnet. In den Rententellen
liegt ein wichtiger Kern für die ganze sozialpolitische Gesetzgebung.

Abg. Wölke (natl.) tritt für die Rententellen ein als einen
ersten Schritt für eine Vereinfachung des Verfahrens bei allen
Formen der sozialen Versicherungs-Gesetzgebung.
Abg. Müller (natl.) tritt nach für den Antrag Sidel ein,
Abtag 2 zu streichen, und die Landeszentralbehörde die Errichtung
der Rententellen anzuordnen. Die Landeszentralbehörde hat nicht
sicher nach bloßer Anhörung der Anstaltsorgane und Ausschüsse, sondern
erst nach deren Zustimmung. — Nach einigen Bemerkungen der
Abg. Sibel (Str.) und v. Koell (natl.) endet die Debatte.

Am 19. Mai 1 wurden zunächst die Anträge v. v. Koell
und v. Richter (fr. P.) über die Errichtung von Rententellen
Abtag 1 wird unbeschadet der Stellung der Kommission an ge-
nommen.

Bei Abtag 2 wird der Antrag Obergierber, Schmitz
in der Fassung des bürgerlichen Gesetzbuchs („Zusammen-
fassung“) an die Tagesordnung zu bringen, der Abg. v. Richter,
die Errichtung der Rententellen der Landesgesetzgebung abhängig
zu machen, wird abgelehnt. Endlich ist bei Abtag 3 noch
über einen Antrag v. Koell abzustimmen, wonach die Rententellen
in der Regel nur für Beamte mit besonders hoher oder vor-
wiegend industrieller Bevölkerung errichtet werden sollen. Die Ab-
stimmung bleibt zweifelhaft; gegen den Antrag stimmten die ganze
Linke, die Antikenten und die Reichspartei. Die Ausübung ergiebt
92 für, 82 gegen den Antrag; das Haus ist also beschluß-
unfähig.

Vizepräsident v. Frege (natl.) erklärt nunmehr das Wort zu
folgender Erklärung: In vollkommener Uebereinstimmung mit der
vorhin auf Antrag Singer vom Präsidenten ergebenden Erörterung
bezüglich Remour von Uebergriffen der Reichsleitertribüne, wo-
nach ihm allein die Disziplinargewalt hier zusteht, werde ich, da mir
das sehr wohl bekannt war, trotz mehrerer Antrüge eines hoch-
angesehenen liberalen Mitgliedes, dieses Wortes keine Verwendung
finden. In dieser Angelegenheit in dem Vorhande vornehmen lassen. Meine Er-
klärung in dieser Angelegenheit habe ich aufrecht, falls auch noch so
tendenzlos Mißbrauch damit getrieben werden sollte!

Das Haus verlag hierauf bis Dienstag, den 6. Juni;
Fortsetzung; Nachtragsetz. — Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

86. Sitzung vom 18. Mai 1899, 1 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. v. Mülow, Zieren und Kommissar.
Erster Gegenstand: Die Errichtung von Rententellen. Der Gegenstand,
betr. die Errichtung von Rententellen zur Verbesserung der
Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen
Betrieben beschäftigt sind, und von gering be-
soldeten Staatsbeamten und Vertagung der Rent-
entwurf, über den die Regierung den Reichstag, die Errichtung
von Rententellen zum selben Zweck vom 12. August 1895 und vom
2. Juli 1898. Die Budgetkommission (Berichterhalter Graf von
Brentano) beantragt, den Gesetzentwurf unbeschadet anzunehmen
und die Denkschrift durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären.
Abg. Dr. Hirsch (fr. P.): Die Vordere für die Zukunft,

die ich bei der ersten Lesung äußerte, sind zum größten Theile er-
ledigt: Ich bitte nur noch einmal, möglichst weitestgehende
Bereitungen in der Kommission zu veranlassen. Die Bau-
verhältnisse, die sich gemeiniglich Aufgaben stellen, verdienen
Förderung, keine Vertagung. Es seien meist billiger und dabei
einerzeit auf die Staats-Einnahme und Kommune beginnen auf
diesem Gebiete eine steigende Tätigkeit zu entfalten. Ich bitte
meine Worte auf dem sozialpolitischen Gebiet, die Bau-
verhältnisse endlich eine beträchtliche Lösung kommen.
Gleichzeitig für: Der Vordere erwähnte die Mietbeschränkung,
die in den einzelnen Meistorts abgeschlossen werden. Die meisten
dieser Mietbeschränkungen sind dem Grundbesitzer aufzugeben, der
den Mieter u. A. in der Regel nicht für ausgeschlossen hat, daß nämlich
die sofortige Vertagung eines Mietbeschränkungs-Gesetzes der
Räumung der Wohnung zwingt, sondern daß eine 6- oder 6monat-
liche Kündigung auch dabei beobachtet wird, daß also das reine
Denkverhältnis in das Mietbeschränkungs nicht hineinzieht.

Abg. Schall (natl.) warnt davor, in der Subvention von Bau-
verhältnissen zu verfallen, sondern darauf zu dringen,
daß die Subvention auf der Allgemeinheit zu gute komme, daß
Straßenregulierung, Wasserleitung, Beleuchtung, Schöpfung von ge-
meinnamen Beugungseinrichtungen, Episcipalen davon befreit werden.
Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Dr. Hirsch (Centr.)
und Dr. Hirsch (fr. P.) wird die Denkschrift durch Kenntnisnahme für er-
ledigt erklärt.

Es folgt die erste Vertagung des Staatsvertrages zwischen
Preußen und Württemberg über die Herstellung der Flößerei
auf dem Neckar, über die Vertagung und die Vertagung, die
sich sofortige Vertagung eines Vertagers um nicht zur sofortigen
Prüfung der Vertagung des Neckar und der Elbe. Der Staatsvertrag
wie der Gesetzentwurf werden unbeschadet in allen drei Lesungen
genügend.

Der Gesetzentwurf betr. die Bewilligung weiterer Staatsmittel
zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Provinz
betrifft die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von
gering besoldeten Staatsbeamten wird in dritter Vertagung un-
verändert angenommen.

Es folgen Petitionsberichte.
Herrn Petitionsberichte müssen wegen Abwesenheit des
Berichterstatters Tagesordnung abgelehnt werden.
Die Petition des Berliner Frauen-Vereins betreffend
die Zulassung der Frauen zum Universitätsbe-
trieb und zu den Staatsprüfungen beantragt die Interdisziplinäre
Kommission (Berichterhalter Dr. Richter) mit Rücksicht auf die entgegen-
setzliche Stellung der Landeszentralbehörde, dem Reichstag
durch Uebertragung zur Tagesordnung für erledigt zu erklären. Eine
weitere Petition aus Berlin um Zulassung der Ammatriculation
an den Universitäten und zu den Staatsprüfungen soll im Anschluß
an den etwaigen Beschluß zur vorigen Petition für erledigt erklärt
werden.

Abg. Wollenbruch (fr. P.): In dem Bericht der Kommission
vermisst ich die Begründung des Antrages auf Tagesordnung. Ich
vermisst das wichtige Gebiet der Biologie. Man hat das Ober-
verordneten u. A. einzuführen. Das ist aber nur ein schwaches
Surgut für das mächtige Oberverordneten u. A. Ich beauftrage den
Berichterhalter der Kommission, Tagesordnung dem durch werden
solche richtungswichtigen Aufstellungen, die die 2. d. d.
Hallerer Medizinalbeamten geändert haben, deren Befähigungen
gegen die medizinisierenden Damen nicht nur unbenutzt, sondern
sogar lächerlich gemacht. Ich beantrage, inwiefern die Ueberweisung
an den Ausschuss als Material auszuwerten.

Abg. Schall (natl.): Die Kommission hat sich sehr wohl be-
müht, auch in die Materie einzutreten, sie hat sich aber praktisch
eben auf die Erklärungen des Regierungskommissars beschränken
müssen. Die Hallenser Studenten haben aus einem berechtigten
Gefühl heraus, sie protestieren gegen die Vertagung des Schen-
kungs- und des weiblichen Fortbildung. Die Frauen, die Medizin
studieren wollen, müssen eben besondere Kurse erhalten. Der ganze weibliche
Organismus ist nicht im Stande, daselbst zu leisten wie der Mann.
Es wird überhaupt eine Weiblichkeit und Streben erzeugt. Wenn
das ist, so hat die Frau keine Chance, in der Medizin zu bestehen
in Berlin prüfen lassen müssen. Unser Ideal ist das der deutschen
Frau, nicht das der amerikanischen Frau. Wir würden eine Schädigung
für unser ganzes deutsches Volk davon entstehen. (Beifall.)

Abg. Dr. Vangerow (fr. P.): Ich verweise Herrn Schall nicht,
er hat sich sehr bemüht, endlich auf die Sache einzutreten und beantragt Tages-
ordnung. Die Vertagung kann nicht überflüssig betrieuen werden, an
alternativen für die Frau, für die Frauen sich gern an Frauen-
arbeit wenden würden. Ich verweise nicht, wie man bei ernst-
wichtigen Vorlesungen von einer Vertagung der Schenckungs-
fest sprechen kann. Wie kann man lehrenden Vorträgen einen solchen
Vortrag machen?

Abg. Wollenbruch (fr. P.) vertheidigt nochmals seinen Stand-
punkt. Die Vertagung der Hallenser Studenten ist nur von einem
kleinen Vordere der Studentenschaft ausgegangen. Die Mehrheit
der Studentenschaft und die Fakultät habe die Mehrheit zurück-
gewiesen und den weiblichen Studierenden ein gutes Zeugnis
ausgesprochen.

Ob. Vizepräsident Dr. Schmitz: Bei dem Hallenser
Ereignis hat ein Irrthum obgewaltet. Die männlichen Studierenden
haben angenommen, daß sie gegenüber den weiblichen Studierenden
benachteiligt werden sollten. Das Ereignis ist jetzt erledigt, und ich
möchte nicht sagen, daß es nicht zu vermeiden gewesen wäre, wenn
bisher die Regierung der Meinung gewesen, daß dies für die
Medizin und die veränderten Fächer ein Bedürfnis für weibliche
Fachleute vorsehe, und darauf hat sich die Regierung zunächst
beschänkt.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Das Zusammenkommen der Studenten
und Studierenden bei staatlichen Vorlesungen und Praktikum er-
scheint mir auch nicht eben unzulässig. Ich bin aber kein
Widerstand darin, daß die Kommission trotz ihrer freundlichen
Stellung zur Kritik in Uebertragung zur Tagesordnung beschließen
hat. Die Ueberweisung als Material muß ich nicht, weil die
Regierung zu einigen Punkten der Petition eine zu nützliche ab-
lehnende Stellung einnahm. Ich bitte es beim Kommissionsantrag
zu lassen.

Abg. Schall (natl.): Ich hatte das Hallenser Ereignis nicht
mehr genau im Auge, aber die Erklärungen mit jungen Studenten
und Studierenden in Zürich sind durchaus nicht unzulässig; es
ist wenig wie die mit den russischen Studierenden. Deshalb soll
man nicht allgemein freie Bahn für das Studium der Frauen
machen.

Die Petitionen werden unter Ablehnung des Antrages
Wollenbruch v. d. H. in der Tagesordnung abgelehnt.
ebenfalls eine Reihe anderer Petitionen. Die Petition des Deutschen
Nachfahrverbandes um Abänderung der Bestimmungen über die Ver-
förderung von Fahrern auf der Eisenbahn wird der Regierung
als Material übergeben.

Am 19. Mai die Tagesordnung erledigt.
Nächste Sitzung, Dienstag, 6. Juni, 1 Uhr: Kleinere Vorlesung
und Anträge aus dem Hause.

Schluß 4 Uhr.

Anschuld.

Frankreich.

Die Klasse.

Der „Figaro“ veröffentlicht das von Riccaut der
Anlagekommission gethen überreichte Memorandum. In der
Wiederlegung der Hauptlagen: Mithilfe von Schriftstücken
der Regierung, den Klagen, die Klagen und Benutzung
von Aufschub, den Klagen, die Klagen, die Klagen, die Klagen,
an den in seinem Vorlesung, die Klagen, die Klagen, die Klagen,
und der Klagen des Klagen, die Klagen, die Klagen, die Klagen,
gegen ihn begangen. Riccaut bemüht sich darzu-
thun, daß diese Klagen des Klagen, die Klagen, die Klagen,
kannt waren. Die Klagen des Klagen, die Klagen, die Klagen,
Schluß 4 Uhr.

